



KriegsgegnerInnen wegen Volksverhetzung in Köln vor Gericht

MAUS - 25.10.2006 um 11:37

Köln (NRhZ, 23.10.) Wegen „Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung des Staates und Hausfriedensbruch“ werden am Donnerstag, 26.10., vier KriegsgegnerInnen aus Köln, Bielefeld und Wuppertal vor dem Kölner Amtsgericht stehen. Sie hatten am 21. September 2005 mit mehreren hundert Anhängern von Anti-Kriegs-Initiativen gegen das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr seit Kriegsende in Köln protestiert. Mit dem Anklagepunkt „Volksverhetzung“ beabsichtigt die Staatsanwaltschaft – auf Antrag der Bundeswehr-Führung – offenbar eine härtere Bestrafung von KriegsgegnerInnen. Zwei Aktivisten wird vorgeworfen, ein Transparent mit der Aufschrift: „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ von der Balustrade des Doms gezeigt zu haben. Sie brachten damit ihre Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – inzwischen auf 10 Kriegsschauplätzen in der Welt – zum Ausdruck, während vor dem Dom Rekruten im Rahmen einer 50-Jahr-Feier der Bundeswehr vereidigt wurden. Die Initiative „Bundeswehr – Wegtreten“ ruft deshalb für Donnerstag 9 Uhr zu einer Protestaktion vor dem Amtsgericht in der Luxemburger Str.101 und zum Besuch der beiden Prozesse ab 11 Uhr im Saal 13 auf. .

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

... - 26.10.2006 um 03:34

Die Idee mit dem Spruch auf dem Transparent ist gut.
Könnte von mir sein!

MAUS - 2.11.2006 um 13:52

So, @ Arne, damit Du mal wieder was zu lesen hast ☺ :

[B]Lokales

Amtsgerichtsprozesse gegen Kölner FriedensaktivistInnen verschoben

Wer sind „die Herren des Verfahrens“?

von Hans-Dieter Hey [/B]

Am Donnerstag standen vier AktivistInnen der Friedensbewegung vor dem Kölner Amtsgericht. Ihnen wird in zwei Prozessen Beleidigung, Hausfriedensbruch, Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung vorgeworfen, weil sie sich vor einem Jahr am Weltfriedenstag aktiv gegen die öffentliche Vereidigung von Rekruten anlässlich der 50-Jahr-Feier der Bundeswehr und zunehmende Kriegseinsätze engagierten. Stein des Anstoßes waren damals an Dom und Domhotel aufgehängte Transparente und die Benutzung von Trillerpfeifen. Das Verfahren war von derart großem öffentlichem Interesse, dass der Gerichtssaal für die Zahl der Besucher zu klein war.

[B]30 Milliarden mehr für die Bundeswehr und weniger für die Armen[/B]

Schon Stunden vor der Verhandlung trafen sich auf einer Kundgebung zahlreiche Menschen vor dem Kölner Gerichtsgebäude. Mit Plakaten mit der Aufschrift "Wir geloben zu morden, zu rauben und zu vergewaltigen", "Deutsche Tornados mit US-Atomwaffen bereit zum Massenmord" und mit dem Kurt-Tucholsky-Zitat "Soldaten sind Mörder" machten sie ihre Empörung über die zunehmenden Kriegseinsätze und die Rolle der Bundeswehr deutlich. Inzwischen waren nämlich - nach Angabe des Wehrbeauftragten Reinhold Robbe - etwa 200.000 deutsche Soldaten auf zehn Kriegsschauplätzen außerhalb der Bundesrepublik im Einsatz; zurzeit sollen es etwa 10.000 sein. Nicht zuletzt machten die DemonstrantInnen auf den Zusammenhang aufmerksam, dass Erwerbslose, Rentner und Beschäftigte immer ärmer gemacht werden, die Bundeswehr aber demnächst jährlich 30 Mrd. Euro zusätzlich aus Steuermitteln erhalten soll.

Durch menschenverachtende Vorgänge, die innerhalb der Bundeswehr und bei "robusten Einsätzen" bekannt wurden, sind Vorwürfe dieser Art nicht nur verständlich, sondern sie fordern die Zivile Gegenwehr von couragierten Bürgern geradezu heraus. Wie die "Junge Welt" am 26.Oktober berichtete, ist die Zahl der Gewaltverbrechen durch Bundeswehrsoldaten von 1996 bis 2005 erheblich gestiegen. In diesem Zeitraum wurden 15 Soldaten wegen Mordes, zehn wegen Totschlags, 281 wegen Sexualdelikten und 4.242 wegen Körperverletzung angeklagt. Hinzu kommen ständig neue Vorwürfe. Aktuell wurden wieder Folterungen in Afghanistan und die - dank BILD - die Medien beherrschenden Totenkopf-Fotos von Gebirgsjägern aus Mittenwald bekannt. (Hierzu der Beitrag „Was BILD nicht berichtete“ in dieser Ausgabe [den setz ich mal in den Schädelkandal-Thread](#)). German-Foreign-Policy berichtete am 2.

Oktober, dass der Rechtsanwalt der Familie eines auf zweifelhafte Weise zu Tode gekommenen Rekruten der Armeeführung vorwirft, sie wolle den wirklichen Sachverhalt vertuschen. Verteidigungsminister Jung bekommt mit solchen Veröffentlichungen zunehmend Probleme.

[B]Schwarz-Rot nennt Kriegseinsätze "humanistische Interventionen"[/B]

Trotzdem wird die schwarz-rosa Bundesregierung nicht müde, Soldaten als "Bürger in Uniform" vorzuführen, über die Massenmedien das Märchen von "friedensstiftenden Maßnahmen" oder "robusten Friedenseinsätzen" zu verbreiten, von "Enduring Freedom" und sogar "humanistischen Interventionen" zu reden. Dabei wird immer klarer: Deutschland begibt sich zunehmend in kriegsrische Auseinandersetzungen, die dem grundgesetzlichen Auftrag zur Landesverteidigung durch die Bundeswehr diametral widersprechen.

Dass Verrohung und Brutalisierung bei vielen Soldaten nicht ohne Folgen bleiben, beweist ein Bericht von German-Foreign-Policy vom 18. Oktober: Immer mehr von ihnen kehren vorzeitig von Auslandseinsätzen traumatisiert zurück. 2003 haben sich 58 Soldaten in Behandlung begeben müssen, 2005 schon 146. Von 1996 bis 2005 waren es offiziell 1.600. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher sein. Die Folgen: Emotionaler Rückzug, Potenzstörungen, Depressionen, posttraumatische Störungen, Angstzustände und Selbstmordgedanken.

[B]Flugblatt ermutigt Soldaten zur Verweigerung[/B]

Mit einem Flugblatt ermutigten die FriedensaktivistInnen vor dem Gericht deshalb Soldaten dazu, jede Beteiligung an völker- und grundgesetzwidrigen Einsätzen zu verweigern. Wehrdienstverweigerer und Deserteure sollen unterstützt werden - wie dies schon in den USA und Kanada mit desertierten US-Soldaten geschieht. Flüchtlingen aus Kriegsregionen soll geholfen werden, und private und staatliche Kriegsgewinnler sollen namhaft gemacht und öffentlich verurteilt werden.

Wegen dieser Entwicklung wolle man Schluss machen mit Versuchen, durch öffentliche Gelöbnisse und militärische Rituale wie im vergangenen Jahr vor dem Dom gesellschaftliche Akzeptanz der Bundeswehr zu erreichen, sagte eine der Angeklagten der NRhZ. Und aus eben diesen Gründen werde seit Jahren auf das Treiben der Mittenwälder Gebirgsjäger hingewiesen, bei denen sich regelmäßig mehrere tausend unverbesserliche "Ehemalige" und aktive Soldaten treffen, um die "mörderische Tradition der Gebirgstruppe hochzuhalten und NS-Kriegsverbrechern zu gedenken" - so eine Informationsschrift der Aktion "Bundeswehr - wegtreten".

[B]Anzeige gegen Generalleutnant a.D. Schnell[/B]

Die Angeklagten des aktuellen Verfahrens gehen nicht nur auf die Straße. Sie haben auch Anzeige erstattet gegen Dr. Jürgen Schnell, Generalleutnant a.D. und Ex-Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr. Er war zuständig für die "innere Führung der Bundeswehr". Heute ist Schnell Professor an der Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften der Münchener Universität der Bundeswehr und befasst sich "mit Fragen von Effizienz und Produktivität des Kriegs- und Tötungshandwerks" - so eine gegen ihn erstattete Anzeige vom 25. Oktober, die der NRhZ vorliegt.

Angesichts der aktuellen Vorfälle schiebt die Bundeswehr alles gern auf eine mangels Geld ungenügende Ausbildung. Genau für "Erziehungsrichtlinien" in der Bundeswehr war Schnell in seiner aktiven Zeit zuständig. In der Anzeige wird ihm unter anderem vorgeworfen: "...Die Gefährlichkeit von Schnell's Einstellungen beruht nicht etwa darin, dass er Vergewaltigung, Raub und Mord direkt propagiert hätte... Seine besondere Gefährlichkeit für die Grundprinzipien einer demokratischen Rechtsordnung, die das Leben, die körperliche Unversehrtheit der Bürger und die sittlichen Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens schützen will, beruht darin, dass er die gewaltsamen Triebkräfte 'ganzheitlich' als vorgebliche 'Natur des Menschen' und zugleich militärische Ressource in die Dynamik der kriegsrischen Gewalt und des Tötens entfesselt sehen will." Und weiter: "Vom Standpunkt einer zivilen Strafjustiz aus und nach den vom internationalen Gerichtshof aufgestellten Prinzipien sind die eigentlichen Urheber diejenigen, die mit den Vorstellungen Schnell's ... innere Führung betreiben." Ein weiteres Schnell-Zitat in der Anzeige: "Der Ruhm des Einzelnen, Gewinn und Beute, die sich jeder Söldner (Anm: bis 1648) unmittelbar auf Kosten der Zivilbevölkerung verschaffte, werden nun wieder an Bedeutung gewinnen, nicht nur als zufällige Belohnung, sondern als legitime Kriegsziele."

[B]Angeklagte sehen Vorbereitung zu Angriffskriegen[/B]

Gleichzeitig denkt die schwarz-rosa Bundesregierung darüber nach, unsere Verfassung zu verändern - offenbar um Einsätze vergleichbarer Art zu legitimieren, wenn es um die Verteilung von Ressourcen in der Welt geht. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr mit derart ausgebildeten Offizieren auch noch im Lande selbst eingesetzt werden soll, wenn es nach Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) geht. Die Angeklagten sehen dadurch den Verdacht der

Vorbereitung eines Angriffskriegs nach § 80 StGB und weiterer Delikte begründet und haben deshalb ihre Anzeige erstattet. Zunächst einmal müssen sie sich selber wehren, weil sie Transparente und Trillerpfeifen gegen diese "neue Rolle" der Bundeswehr eingesetzt haben.

Weil die Gerichtsdienster des Landgerichts einem Teil der Besucher durch massiven körperlichen Einsatz den Zutritt an der öffentlichen Verhandlung verweigerten, und sich vorübergehend damit zu den "Herren des Verfahrens" machten, musste die Verhandlung unterbrochen werden - nachdem die äußerst souveräne Richterin zunächst einverständlich mit dem Staatsanwalt "wegen des besonderen öffentlichen Interesses" etwa 80 Teilnehmer eingelassen hatte, obwohl nur 50 Sitzplätze vorhanden waren. Am Ende wurde die Situation sehr unübersichtlich, bekam aber einen gewissen Unterhaltungswert, als einer der Saalschützer der Richterin drohte, seinen Job als Justizvollzugsbeamter hinzuschmeissen, wenn sie nicht sofort die Saalordnung wiederherstellen lasse. Die Richterin entschied schließlich, beide Prozesse auf Donnerstag, den 23. November ab 9 Uhr im größten Saal 210 des Amtsgerichts zu vertragen. Die Angeklagten waren begeistert über so viel Entgegenkommen.

Die NRHZ wird weiter über das Verfahren berichten. Rundschau und Stadt-Anzeiger online fanden am Tag danach den Prozess nicht erwähnenswert.

Online-Flyer Nr. 68 vom 31.10.2006 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10279>

... - 3.11.2006 um 03:18

Jau, die Richterin hört sich doch echt gut an!

MAUS - 25.11.2006 um 12:25

[B]Noch eine Milliarde für die Bundeswehr? [/B]

Berlin (NRhZ/jw, 22.11.) Für die Bundeswehr soll in den kommenden Jahren erheblich mehr Geld ausgegeben werden. Der Haushaltsentwurf, über den der Bundestag heute debattiert, sieht für 2007 eine Zunahme auf 28,4 Milliarden Euro vor – eine halbe Milliarde mehr als für dieses Jahr. Bis 2011 soll der Kriegsetat um eine weitere Milliarde erhöht werden. Die Mittel kommen fast ausschließlich den »verteidigungsinvestiven Ausgaben« zugute, also der Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen und Munition. 6,5 Milliarden werden hierfür ausgegeben. Zu diesem Bereich gehören auch Baumaßnahmen, um die Truppe optimal auf Kriegseinsätze in aller Welt vorzubereiten. Vor allem Flugplätze und Bundeswehrkrankenhäuser sollen neu- bzw. umgebaut werden, dazu Waffensysteme wie Eurofighter und Hubschrauber, die für Angriffe auf schwer bewaffnete Gegner geeignet sind, aber kaum zur Stabilisierung demokratischer Staatswesen oder zur Bekämpfung kleiner, hochmobiler Rebellengruppen - was angeblich das Ziel der Bundeswehr sein soll.

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News

[B]Köln: Keine Volksverhetzung 24.11.2006 [/B]

[B]Nach den Tumulten am ersten Prozesstag Ende Oktober

(<http://de.indymedia.org/2006/10/160254.shtml>) wurde gestern der Prozess unter Abtrennung von den rund 100 ZuschauerInnen hinter Plexiglas und unter großem Polizeiaufgebot neugestartet. [/B]

Auf der Anklagebank saß nicht die Bundeswehrführung, die ihre Transformation hin zu einem der europäischen Hauptakteure in der Durchführung von Angriffskriegen rasant fortschreibt, sondern vier der zahlreichen AntimilitaristInnen, die im letzten Jahr die Propagandashow der Bundeswehr zu ihrer 50-Jahr-Feier in Köln angegriffen haben.

Der Vorwurf der Volksverhetzung, mit dem die AktivistInnen auf Strafantrag der Bundeswehr kriminalisiert werden sollten, konnte abgewehrt werden. Die zwei Kriegsgegner, die während des Gelöbnisses am 21. September 2005 ein Transparent mit der Aufschrift "Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen" vom Kölner Dom herunterließen, wurden wegen Beleidigung der dort vereidigten Rekruten und Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von je 60 Tagessätzen verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Aktivistinnen, die zum Zapfenstreich ein Transparent "Soldaten sind Mörder! K.T." von einem Balkon des Domhotels zeigten, wurde eingestellt. Die Kosten dieses Verfahrens trägt die Staatskasse.

Die Staatsanwaltschaft konnte die Dimension und die Relevanz der aktuellen Umbruchssituation von Politik und Bundeswehr, die eine Einschwörung der Bevölkerung auf einen permanenten globalen Kriegszustand benötigt und massiv vorantreibt, nicht begreifen. Zur Bestürzung aller Anwesenden gestand sie zu, nach den Ausführungen der Angeklagten nicht zu wissen, "ob sie alles hier vorgetragene verstanden hat". Dennoch unterstellte sie den beiden Dombesteigern, es sei "keine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Inhalt ihrer Aktion" erkennbar, weswegen die Intention der Beleidigung im Vordergrund stünde. Zur vollständigen Entpolitisierung versuchte Staatsanwalt Öhmer den Schmähegehalt des Domtransparents mit der beleidigenden Anrede eines Nachbarn "Du Arschloch" zu vergleichen. Die Richterin folgte zwar nicht den Plattitüden der Staatsanwaltschaft, jedoch einem Großteil der schwach begründeten Anklage.

Pikantes Detail: Eine Prozessbeobachterin der Bundeswehr nahm als vermeintliche Praktikantin der Staatsanwaltschaft auf der Anklagebank Platz, wurde aber nach ihrer "Enttarnung" seitens der Verteidigung unter lautstarkem Protest im Saal in die Pressereihe "versetzt", um die "Neutralität der Anklage" nicht weiter zu beschädigen.

Die Initiative Bundeswehr-Wegtreten hat zur weiterführenden inhaltlichen Auseinandersetzung u.a. die Prozessbeiträge der Angeklagten in einem Reader zusammengestellt und veröffentlicht auf der Webseite: <http://www.bundeswehr-wegtreten.tk>

Herzlichen Dank für die breite und aktive Unterstützung vor und während dem Prozess!

Die Auseinandersetzung geht weiter!

Am 30. November um 12 Uhr versucht der Wehrdienstberater am Berufsinformationszentrum des Kölner Arbeitsamtes (Luxemburger Str. 121) neue Schafe für die Ausbildung "zum neuen Kämpfer" zu gewinnen.

- Verweigern wir uns der (Selbst-)Darstellung des Militärs, als ganz normalem Arbeitgeber
- Verweigern wir uns dem Werben der Bundeswehr nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz für ihre dumpfbackige Kriegsbereitschaft!

MAUS - 1.12.2006 um 13:08

[B]Kölner Amtsgericht bestraft Einsatz für den Frieden
"Verurteilung erster Klasse"
Von Hans-Dieter Hey [/B]

Das Urteil des Kölner Amtsgerichts von je sechzig Tagssätzen ertrugen die beiden angeklagten Friedensaktivisten am vergangenen Donnerstag gelassen. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Sie hatten sich wegen "Volksverhetzung, Beleidigung und Hausfriedensbruch" zu verantworten, weil sie im September 2005 während der öffentlichen Vereidigung von Rekruten am Kölner Dom das Transparent "Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen" und am Dom-Hotel das Tucholsky-Zitat "Soldaten sind Mörder" heruntergelassen hatten. Siehe NRhZ 67 und 68.

[B]Absurdes Theater[/B]

Bereits zu Beginn der Verhandlung war alles anders als sonst. Die über 100 Besucher wurden in mehreren "Sicherheitsschleusen" mit bewaffneten Polizisten konfrontiert und über Treppenaufgänge durch einen weiteren Gerichtssaal geführt. In diesem lungerten ebenfalls bewaffnete Polizisten auf den Richtersthühlen herum. Im Verhandlungssaal selbst wurden sie hinter Glasscheiben verbannt. Die Szene wirkte etwas gespenstisch, weil man unweigerlich an Terroristenprozesse früherer Jahre erinnert wurde und nicht daran, dass in der Sache Menschen für den Frieden eingetreten waren.

Selbst die Richterin stellte klar, dass sie die Maßnahmen für überzogen hielt. Der Eindruck von Kriminalisierung und Vorverurteilung der Angeklagten wurde noch verstärkt, weil der Staatsanwalt neben sich anfangs eine Dame sitzen hatte, die augenscheinlich nicht dem "Aachener Friedenspreis" angehörte. Auf Nachfrage der Verteidigung gab sie zu, eine Prozessbeobachterin der Bundeswehr zu sein. Weil damit die Frage der Neutralität des Gerichts im Raum stand, mußte die "Prozessbeobachterin" ihren Platz verlassen und mit der Pressebank vorlieb nehmen.

Nicht nur durch dieses Vorspiel war dem Staatsanwalt anzumerken, dass er nur an einer Verurteilung der Angeklagten Interesse hatte. Am Vortrag der Verteidigung zeigte er sich demonstrativ desinteressiert. Offensichtlich hatte er zu gut verstanden, worum es den Angeklagten politisch ging. Sie wollten deutlich machen, dass in Deutschland seit Jahren eine Politik der "Barbarisierung" vorangetrieben wird, die die "Bereitschaft zur Lust am Töten, an der militärischen Gewaltausübung und an der Opferung von Zivilisten bis hin zum Opfer des eigenen Lebens verlangt". Frage der

Verteidigung: „Was soll man denn noch tun, um die Menschen auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen?“

[B]Gegen weitere Militarisierung der Politik[/B]

Zum Beweis zitierte sie aus einem Artikel der "Welt am Sonntag" vom 29. Februar 2004 Generalmajor und Heeresinspekteur Hans-Otto Budde: "Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann." Zitiert wurde auch sein Kampfgefährte aus gemeinsamen Fallschirmjägertagen: "Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln." Denn: "Eine neue Zeit in der Militärstrategie und Taktik verlangt natürlich einen Soldatentypen sui generis: Der Staatsbürger in Uniform... hat ausgedient."

In der Wochenzeitschrift "Freitag" vom 3. November wird auf Generalmajor Johann Adolf Graf von Kielmannsegg verwiesen, der bereits 1991 in der Zeitschrift "Truppenpraxis" konstatierte: "Gar keine Frage: Der Zivilisierungsmöglichkeit einer Armee, die einsatzfähig sein soll, sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt ... Auf die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr hin ist also alles auszurichten, Ausbildung, Ausrüstung und Struktur." Und German-Foreign-Policy berichtete am 23. November: Bei dem Manöver "European Endeavour 2006" "...trainieren 2.500 Angehörige der Bundeswehr-Eliteeinheit "Division Spezielle Operationen" (DSO) die Niederschlagung von Aufstandsbewegungen ... in einem fiktiven mitteleuropäischen Staat. Die Aufgabe der Soldaten bestand darin, ein "konspiratives Führertreffen" und ein Ausbildungslager der Guerilla mit dem Ziel anzugreifen, die dort befindlichen Menschen entweder zu töten oder gefangen zu nehmen. Zur DSO zählen die für ihre Brutalität und die Bezugnahme auf NS-Traditionen berüchtigten Fallschirmjäger der "Saarlandbrigade" und das "Kommando Spezialkräfte" (KSK); ihr Motto lautet: "Einsatzbereit - jederzeit - weltweit".

Ganz offensichtlich hängt mit dieser neuen deutschen Militärpolitik auch ihre Verfassungswidrigkeit zusammen. Bereits am 21. Juni 2005 hat das Bundesverwaltungsgericht zur Rolle der BRD "gravierende völkerrechtliche Bedenken" sowohl gegen den Irak-Krieg als auch gegen die hierfür erbrachten deutschen Hilfsleistungen der damaligen rot-grünen Regierung gesehen. Und der Verein "Aachener Friedenspreis", in dem Kirchen, Gewerkschaften, Hilfsorganisationen und Privatleute organisiert sind, die jährlich den "Aachener Friedenspreis" vergeben, wirft Merkel und Jung vor, mit ihrem "Sicherheits-Weißbuch" gegen die im Grundgesetz festgelegte Friedenspflicht zu verstoßen: "Das Weißbuch löst sich nahezu vollständig vom bisherigen Verteidigungsbegriff und spricht sich für Militäreinsätze aus, ohne dass zuvor ein Angriff auf das eigene Territorium oder das eines Bündnispartners stattgefunden hat oder unmittelbar droht." Eine solche "präventive Kriegsführung" hebele aber "das gesamte, auf Friedenspflicht angelegte Völkerrecht aus". Ob allerdings eine Anzeige des "Aachener Friedenspreises" gegen die Militärpolitik der Bundeskanzlerin und ihres Verteidigungsministers jemals von einer Staatsanwaltschaft verfolgt und vor ein deutsches Gericht gebracht wird, ist äußerst fraglich. Anzeigen des Friedensnetzwerks "Pax Christi" im Jahre 2004 gegen Alt-Bundeskanzler Schröder und Ex-Außenminister Fischer wegen Beihilfe zu einem Angriffskrieg wurden jedenfalls niedergeschlagen.

[B]Verurteilung erster Klasse[/B]

Gegen eben diese Politik haben sich auch die Angeklagten gewandt. Sie stehen, wie sie sagen, dagegen auf, immer wieder mit der politischen Lüge von "Friedenseinsätzen" und "Aufbauarbeit" konfrontiert zu werden. Ihrem Mut und ihrer Öffentlichkeitsarbeit ist es wohl zu verdanken, dass das Thema einer zweifelhaften "Qualität" deutscher Militärpolitik nicht hinter der Mauer des Vergessens verschwindet. Und so wurde anschließend nicht von einem "Freispruch zweiter Klasse", sondern selbstbewusst von einer "Verurteilung erster Klasse" gesprochen. Außer der Anzeige vom Domkapitel, das einen Einsatz für den Frieden offensichtlich geringer schätzt als den freien Zutritt von Kriegsgegnern in den Dom, und der „Beleidigung“ von Rekruten ist von den Vorwürfen von Bundeswehr und Staatsanwaltschaft nichts an ihnen hängen geblieben.

Künftige Rekruten, so hieß es in Gesprächen nach dem Prozess, sollten genau hinsehen, mit welchen Methoden und Mitteln sie zum Militärdienst und in Einsätze geführt werden. Sie sollten sich dann die Frage stellen, ob nicht die eigentliche Beleidigung von einer ganz anderen, unerkannten Seite komme. Beispielsweise von Gelöbnissen, die am Kölner Dom unter dem Deckmantel des Christentums - einer christlichen Weihe ähnlich vernebelt - abgehalten werden. Damit nämlich würden unsere Militäreinsätze indirekt und gefühlsmäßig geheiligt, der Einsatz würdevoll gewissermaßen zum "heiligen Einsatz" verklärt.

[B]Die wahre Beleidigung[/B]

In den beiden letzten Weltkriegen stand auf den Koppelschlössern: "Gott mit uns". Der Erste Weltkrieg wurde von Militärpredigern als "heiliger deutscher Krieg" gefeiert. Im Mai 1945 - als der Zweite Weltkrieg fast vorbei war und schon 60 Millionen Tote verursacht hatte - sagte Nazi-Propagandaminister Göbbels noch: "Wir gehen in diesen Kampf wie in einen Gottesdienst". Dies – so denken die FriedensaktivistInnen - den Menschen Krieg als politisch richtig oder heilig zu

verkaufen, sei die wahre Beleidigung.

Und sie wollen weiter machen: Am 30. November ab 12 Uhr besucht der Wehrdienstberater der Bundeswehr das Berufsinformationszentrum des Kölner Arbeitsamtes in der Luxemburger Straße, um junge Menschen für die Ausbildung "zum neuen Kämpfer" zu gewinnen. Zur gleichen Zeit wollen die FriedensaktivistInnen dort dagegen protestieren.

Die Initiative Bundeswehr-Wegtreten hat u.a. die Prozessbeiträge der Angeklagten in einem Reader zusammengestellt und veröffentlicht auf der Webseite: www.bundeswehr-wegtreten.tk

NRhZ-Online-Flyer Nr. 72 vom 28.11.2006

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10371>
